

Der Regierende Bürgermeister von Berlin  
- Senatskanzlei -  
VI C 21

Berlin, den 12.02.2026  
9(0)223 - 1560  
sandra.polchow  
@senatskanzlei.berlin.de

# BezPHPW 0386 A

An die

Vorsitzende des Unterausschusses Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft des Hauptausschusses

über

den Vorsitzenden des Hauptausschusses

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über

Senatskanzlei - G Sen -

## **Fortschrittsbericht zur Low-Code-Plattform**

**rote Nummer/n:** entfällt

**Vorgang:** 41. Sitzung des Unterausschusses BezPHPW am 24.11.2025

**Ansätze:** entfällt

**Gesamtausgaben:** entfällt

Der Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft des Hauptausschusses hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„Die Senatskanzlei wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 25.02.2026 einen Fortschrittsbericht zur Low-Code-Plattform vorzulegen und darzustellen, inwieweit auch die Bezirke diesen Basisdienst nutzen können.“

### Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

### Hierzu wird berichtet:

#### 1. Bisherige Entwicklungen und Status

Im Jahr 2024 wurde zusammen mit dem ITDZ Berlin eine umfassende Voruntersuchung mit einer kriteriengeleiteten Marktanalyse beziehbarer Low-Code Plattformen durchgeführt. Auf Basis der

Ergebnisse wurden die Möglichkeiten des „on prem“ Betriebs von geeigneten Plattformen im Rechenzentrum des ITDZ eruiert. „On-Premise“ (oder On-Prem) bedeutet, dass Software, Anwendungen oder IT-Infrastruktur lokal innerhalb der eigenen Räumlichkeiten oder des firmeneigenen Rechenzentrums installiert und betrieben werden, anstatt sie über das Internet von externen Anbietern (Cloud) zu beziehen. Für Berlin bedeutet das also, dass der Betrieb örtlich im RZ des ITDZ erfolgen kann/soll.

Im Rahmen dieser Voruntersuchung wurden ergänzend zu den vier Plattformen aus der interföderalen Ausschreibung „Low-Code“ des ITZ Bund weitere passende „Low-Code Plattformen“ in die Auswertung einbezogen. Die Einbeziehung erfolgte in Hinblick auf die Stärkung der „Digitalen Souveränität“ und die Zielsetzung der inzwischen geltenden landesweiten „Open Source-Strategie“.

Die endgültige Auswahl passender Low-Code Plattformen für die Einrichtung des Basisdienstes Low-Code Plattformen (BD LCP) wird im ersten Quartal 2026 erfolgen - unter Berücksichtigung der strategischen Ziele und möglicher Diversifikation bzgl. der IT-Dienstleister für den Echt-Betrieb des BD LCP.

Der BD LCP wird allen Landesbehörden als IKT-verfahrensunabhängige Plattformen zur Unterstützung für die Inbetriebnahme von IT-Fachanwendungen zur Verfügung gestellt. Hierunter fallen die Modernisierung von IT-Fachverfahren auf Basis von Low-Code sowie die Ablösung von IT-Kleinstanwendungen oder anderen IT-Anwendungen. Der BD LCP richtet sich an alle Berliner Landesverwaltungen, d.h. neben den Senatsverwaltungen und nachgeordneten Behörden auch an die Bezirksverwaltungen.

## 2. Strategische Umsetzung des „Basisdienst Low-Code Plattformen“

Die Einrichtung des BD LCP verfolgt eine Multi-Plattform-Strategie. In einem ersten Schritt werden zunächst zwei unterschiedliche Low-Code Plattformen im Rahmen des Basisdienstes bereitgestellt. In weiteren Schritten wird die Erweiterung des Basisdienstes um weitere Plattformen angestrebt. So werden für die unterschiedlichen Bedarfe der Berliner Behörden bzgl. IT-Anwendungsgröße (große Fachverfahren vs. Kleinstanwendungen), Betriebsform und weiteren betriebsrelevanten Kriterien unterschiedliche Lösungswege standardisiert und gleichzeitig individualisiert angeboten.

## 3. Zeitplanung & Meilensteine 2026

Im ersten Quartal 2026 wird neben der kriteriengeleiteten Entscheidung zur Auswahl der ersten beiden Low-Code Plattformen für den Basisdienst eine „Low-Code Governance“ fertig gestellt. Die Low-Code Governance bildet zusammen mit der IKT-Architektur-Richtlinie 2.0 den Rahmen für die zukünftigen Low-Code Entwicklungen.

Im zweiten Quartal 2026 ist geplant, die bereits im ersten Quartal begonnenen Beteiligungen der Personalvertretungsgremien auf Landesebene für den BD LCP und die Erstellung aller erforderlichen Konzepte (Fachkonzept, Betriebskonzept, Datenschutzkonzept, DSFA-Konzept, Schu-

lungskonzept) weitgehend zu finalisieren. Die Senatskanzlei wird im zweiten Quartal die Möglichkeiten der interföderalen Abrufe der beiden interföderalen Ausschreibungen des ITZ Bund (Lizenzen, Umsetzungsressourcen) zum Betriebsaufbau des Basisdienstes selbst nutzen und diese Erfahrungen in den Basisdienst einfließen lassen. Neben der Auswahl der Plattformen steht auch die Entscheidung für die Betriebsform (on prem, cloud-basiert) im Q2/2026 an.

Im dritten Quartal 2026 sind die Arbeitsschwerpunkte die Finalisierungen der Konzepte, die Umsetzung der Testumgebung (inkl. Proof of Concept) zu den ausgewählten Low-Code Plattformen, sowie die Entwicklung von Prototypen. Für die Prototypen-Auswahl stehen die Mitarbeiter der IKT-Steuerung in engem Austausch mit Senatsverwaltungen und Bezirksämtern, die bereits umfassende Erfahrungen in verschiedenen Anwendungen von Low-Code Technologien gesammelt haben.

Es wird das Ziel verfolgt, im vierten Quartal 2026 den Basisdienst Low-Code Plattformen offiziell zu starten. Geplant ist mithilfe der ausgewählten Low-Code-Technologie bereits erste Prototypen zur Nachnutzung anbieten zu können. Die dafür notwendigen Vorbereitungen umfassen neben den fachlichen und technischen Konzepten auch die Bereitstellung von Schulungsangeboten. Diese werden im Jahresverlauf in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie und ggfs. weiteren Anbietern entwickelt und sollen als fester Bestandteil des BD LCP umgesetzt werden

#### 4. Weitere Zielsetzungen

Nach der erfolgreichen Einführung des BD LCP und der technischen Bereitstellung der ersten beiden geplanten und beauftragten Low-Code Plattformen wird für den Folgezeitraum die Bereitstellung einer dritten Low-Code Plattform angestrebt. Mindestens eine der drei Basisdienst-Plattformen wird als Open Source Lösung geplant.

Die landesweit umfassende Nutzung des Basisdienstes und von Low-Code Technologien sowie der Aufbau einer Community of Practice und von weiteren Vernetzungsangeboten gilt es ab der Einführung des Basisdienstes dauerhaft zu verstetigen.

Neben dem technischen Aufbau wird daher der kontinuierliche Ausbau von Schulungs- und Vernetzungsangeboten einen Schwerpunkt in den Folgejahren bilden. Ein weiteres langfristiges Ziel ist die regelmäßige Fortschreibung der Low-Code Governance.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin  
In Vertretung

Martina Klement  
Staatssekretärin für Digitalisierung  
und Verwaltungsmodernisierung / CDO